

POM 81 2019.POMGS.132

Rückweisungsantrag / Planungserklärung

Version 5

06.09.2019 / AO

Masterplan zur Justizvollzugsstrategie des Kantons Bern (JVS) 2017-2032

Urheber/-in	Antrag	+	-
		++	--
Rückweisungsanträge			
Gerber Thomas (Grüne) Gerber Tom (EVP)	Der Masterplan zur Justizvollzugsstrategie des Kantons Bern ist mit folgenden Auflagen zurückzuweisen: 1. Der Masterplan sollte in wesentlichen Punkten mit der Justizvollzugsstrategie übereinstimmen. 2. Der Masterplan sollte über die Zukunft von der JVA Torberg und Prêles Aussagen machen. 3. Der Masterplan soll konkrete Aussagen über den Bedarf an Plätzen in Hindelbank machen. 4. Der Masterplan macht Aussagen zu den Vollkosten der Vollzugseinrichtungen.		-

Planungserklärungen				
SiK (Moser)	1.	Gemäss dem Grundziel der Konkordatsvereinbarung, «die bedarfsgerechte Anzahl Vollzugsplätze gemeinsam zu planen», koordiniert die POM die weiteren Planungsarbeiten eng mit den übrigen Konkordatskantonen. Der Kanton Bern stellt dabei sicher, dass für das Konkordat und für den Kanton Bern wirtschaftliche, dem zukünftigen Bedarf entsprechende Kapazitäten im Straf- und Massnahmenvollzug geschaffen werden.	+	
SiK (Moser)	2.	Im Zuge der Abklärungen zu den verschiedenen Vollzugsformen und der Optimierung der Vollzugsbedingungen sollte eine Klärung innerhalb des Konkordats zum Thema: «Umgang mit kognitiv beeinträchtigten Menschen» stattfinden.	+	
SiK (Moser)	3.	Der Regierungsrat setzt sich bei der nächsten Anpassung der Konkordatsvereinbarung dafür ein, dass analog der Polizeischule Hitzkirch und einigen Konkordaten im Schulbereich eine interkantonale parlamentarische Aufsicht geschaffen wird.	+	
SiK (Moser)	4.	Der Regierungsrat setzt bei konkreten Kreditgeschäften im Straf- und Massnahmenvollzug die Empfehlungen des GPK-Berichts «Lehren für die Zukunft aus der Sanierung und Erweiterung des Jugendheims Prêles» konsequent um.	+	
SiK (Moser)	5.	Eine Schliessung des RG Biel ist nach Möglichkeit rasch umzusetzen.	+	
SiK (Moser)	6.	In Bezug auf die Standorte Hindelbank und Thorberg prüft der Regierungsrat, ob der Kanton allfällige Mehrplätze kostendeckend und wirtschaftlich sicherstellen könnte. Er informiert die SiK darüber und weist auch aus, ob und wie allfällige Landreserven genutzt werden können. In Bezug auf die Standorte Hindelbank und Thorberg prüft der Regierungsrat, ob der Kanton allfällige Mehrplätze kostendeckend und wirtschaftlich sicherstellen könnte. Er informiert die SiK <u>entsprechenden Kommissionen</u> darüber und weist auch aus, ob und wie allfällige Landreserven genutzt werden können.	+	
SiK (Moser)	7.	Die Umsetzung einer Lösung für die Administrativhaft ist prioritär anzugehen und zu realisieren.	+	
SiK (Moser)	8.	Sollte der Annexbau beim Standort Thun für die Administrativhaft nicht in Frage kommen, soll dem Grossen Rat ein Vorschlag vorgelegt werden, der in Bezug auf die Anzahl Haft-plätze und die betrieblichen Abläufe wirtschaftlich betrieben werden kann.	+	
SiK (Moser)	9.	Im Hinblick auf einen Neubau JVA und RG Biel /Seeland, ist auch die Option Prêles als Standort zu prüfen, als Variante zu berechnen und die Informationen dem Grossen Rat vorzulegen.	+	

SiK (Moser)	10.	Bei Neubauten ist sicherzustellen, dass mit einer modularen Bauweise auf allfällige Bedarfsänderungen einfach reagiert werden kann. Die Haftarten sind konsequent zu trennen und es sind nur Anstalten zu planen, die eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Grösse aufweisen.	+	
SiK (Moser)	11.	Die Umsetzung der baulichen Ausbaustandards ist auf das zwingend Notwendige zu begrenzen.	+	
SiK (Moser)	12.	Im Hinblick auf die Überprüfung der Zukunft der JVA Thorberg wird die SiK laufend über den Stand der Arbeiten und die geplanten Abklärungen informiert. Im Hinblick auf die Überprüfung der Zukunft der JVA Thorberg <u>wird die SiK werden die entsprechenden Kommissionen</u> laufend über den Stand der Arbeiten und die geplanten Abklärungen informiert.	+	
Geissbühler (SVP)	13.	Die Projekte für Neubauten von Gefängnissen sind zurückzustellen, bis das eidg. Parlament über die Motion 19.3758 «Der Bundesrat wird ersucht, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit ausländische, rechtskräftig verurteilte Gewalttäter und Kriminelle ihre Haftstrafe zwangsweise in ihrem Heimatland zu verbüssen haben» behandelt hat.		--
SVP (Knutti)	14.	Bei Projekten für Neubauten von Gefängnissen ist zu berücksichtigen, dass das eidg. Parlament in nächster Zeit die Motion 19.3758 «Der Bundesrat wird ersucht, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit ausländische, rechtskräftig verurteilte Gewalttäter und Kriminelle ihre Haftstrafe zwangsweise in ihrem Heimatland zu verbüssen haben» beraten wird.		-